

# Antrag

Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter  
Rathaus  
80331 München



München, 20.09.2021

## Linksextreme Szene München - Aussteiger brauchen Hilfe

### Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Aussteigerprogramm für Mitglieder der linksextremen Szene in München zu entwickeln. Das Programm soll neben einer hierfür einzurichtenden Telefonhotline, auch Beratung vor Ort sowie pädagogische Betreuungsangebote enthalten, um die oft halt- und orientierungslosen Menschen bei der Reintegration in das gesellschaftliche Leben und den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

### Begründung:

Wie bereits in mehreren Anträgen dargestellt geht in München von linken Extremisten ein besonders hohes Gefahrenpotenzial aus. Gemäß polizeilichem Sicherheitsreport 2020 nahm der Anteil linksextremer Straftaten im vergangenen Jahr um fast 55 % auf insgesamt 584 Fälle zu, Gewalttaten stiegen im Einsatzgebiet des PP München um sogar 119 %. München stellte damit in den vergangenen Jahren jeweils fast 50 % aller in Bayern registrierten linksextremistischen Straftaten. Auch konzentriert sich hier das größte Personenpotenzial der Szene innerhalb des Freistaats.

Auch in diesem Jahr terrorisierten linke Demokratiefeinde die Münchner Bürger bei zahlreichen Gelegenheiten, prominentestes Beispiel hierfür dürfte der Anschlag auf das Münchner Unternehmen Rohde & Schwarz am 21. Mai 2021 gewesen sein, bei dem ein gezielt herbeigeführter Kabelbrand zu einem mehrstündigen, teils fast zweitägigen, Stromausfall für 20.000 Haushalte führte. Aber auch die jüngsten gefährlichen Eingriffe in den Straßenverkehr im Rahmen der Anti-IAA-Proteste müssen als Beispiel hierfür angeführt werden.

Dass man sich seitens der Landeshauptstadt um das Wohl dieser fehlgeleiteten, halt- und orientierungslosen Menschen sorgt, beweist man seit Jahrzehnten. Exemplarisch mag man hierfür darauf verweisen, dass man indirekt Organisationen wie dem „Arbeiterbund zum Wiederaufbau der KPD“ und der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) Räumlichkeiten der Liegenschaften städtischer Wohnungsgesellschaften günstig vermietet und die Linksextremisten so zumindest von der Straße holt. Auch die konsequente Verweigerung der Stadtratsmehrheit gegenüber Initiativen, welche in der Vergangenheit ein repressiveres Vorgehen gegen den Linksextremismus in der Stadt forderten, mag einigen Szenemitgliedern die Chance eröffnet haben, in Ruhe und unbehelligt von öffentlichem Druck, über ihr Handeln zu reflektieren.

Aber die Stadt könnte noch so viel mehr tun, um Linksextremisten zu resozialisieren. Die zeitnahe Entwicklung eines umfassenden Aussteigerprogramms tut daher Not.

### Initiative:

Iris Wassill  
ea. Stadträtin

Markus Walbrunn  
ea. Stadtrat

Daniel Stanke  
ea. Stadtrat